

HANSE



UMSCHAU

Inhalt 9+10/2014

07.10.2014

Themen	2
Hamburg hat den Vorsitz der Europaministerkonferenz übernommen	2
Die Juncker-Kommission.....	2
Finanzen.....	4
Franzose und Brite zuständig für das Finanzportfolio	4
Energie, Klima und Umwelt	4
Designierte Kommissare aus Spanien und Malta	4
Staubsauger müssen energieeffizienter werden.....	5
Justiz und Inneres.....	5
Designierte Kommissare im Bereich Justiz und Inneres.....	5
Telekommunikation und Medien	6
Günther Oettinger vor neuen Herausforderungen.....	6
Öffentliches Auftragswesen.....	6
EuGH: Mindestlohnvorgaben bei öffentlichen Aufträgen..	6
Sozial- und Beschäftigungspolitik.....	6
Marianne Thyssen: Designierte EU-Kommissarin für Arbeit, Soziales, Qualifikation und Mobilität	6
KOM und OECD: Bericht zur Arbeitskräftemobilität	7
Regional- und Städtepolitik	7
Corina Crețu: Designierte Kommissarin für Regionalpolitik.	7
Sechstes Kohäsionsforum	8
Fischereipolitik	8
Fischerei in der Ostsee 2015: Mehr Hering – weniger Dorsch?	8
Handelspolitik.....	8
Siebte Verhandlungsrunde zu TTIP	8
Weitere Handelsabkommen: Kanada und Ecuador	9
Designierte Kommissare für die Wirtschaftsbereiche.....	9
Forschung	10
Designierter Kommissar für Forschung, Wissenschaft und Innovation: Carlos Moedas.....	10
Zweiter Fortschrittsbericht zum Europäischen Forschungsraum (EFR).....	10
Schweiz teillassoziiert an „Horizont 2020“	10
Gesundheit und Verbraucherschutz.....	11
Designierter Kommissar für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit: Vytenis Andriukaitis	11
Verkehrspolitik	11
Maroš Šefčovič – ein Slowake für das Verkehrsressort.....	11
Bildung, Kultur und Jugend.....	11
Designierter Kommissar: Tibor Navracsics aus Ungarn	11
Erasmus-Studie: Bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt und internationalere Beziehungen	12
Termine.....	12
Theaterstück „Weltenbrand“	12
Poetry Slam aus dem echten Norden	13
Hanse-Office intern	13
Service.....	13
Impressum.....	13



Themen

Europapolitik der Länder

Hamburg hat den Vorsitz der Europaministerkonferenz übernommen

Zum 1. Juli hat die Freie und Hansestadt Hamburg den Vorsitz der Europaministerkonferenz, EMK, von der Freien Hansestadt Bremen übernommen.

Anlässlich der Übernahme erklärte Staatsrat Wolfgang Schmidt, Bevollmächtigter des Senats bei der EU und neuer Vorsitzender der EMK: „Was in Brüssel verhandelt und entschieden wird, wirkt sich auf die Bürgerinnen und Bürger in allen Bundesländern aus. Deshalb ist eine gute Zusammenarbeit der Länder bei den europäischen Themen sehr wichtig.“ Die EMK bildet hierfür ein besonders wichtiges Forum. Hamburg will daher den EMK-Vorsitz nutzen, um die gemeinsamen Interessen der Länder zu bündeln und möglichst wirksam in die europapolitische Diskussion auf bundesdeutscher und europäischer Ebene einzubringen.

Nach den Europawahlen am 25. Mai hat sich das EP neu konstituiert. Derzeit stellt sich auch die KOM personell und strukturell neu auf. Diesen Prozess wird die EMK mit großer Aufmerksamkeit begleiten, um die neuen Akteure der EU-Institutionen zügig kennenzulernen und ihnen die Anliegen der Länder zu vermitteln.

Inhaltlich wird sich die EMK dabei u. a. mit dem Transatlantischen Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA, genannt Transatlantic Trade and Investment Partnership, TTIP, befassen. Da TTIP aus Sicht der Länder in nationale Kompetenzen eingreift und daher als gemischtes Abkommen zu bewerten ist, werden die Länder durch den Bundesrat an der Ratifizierung beteiligt werden. Im Zuge dessen wird für die Länder die maßgebliche Frage sein, welche Anforderungen zu erfüllen sind, damit eine Zustimmung zu TTIP möglich ist. Die EMK wird sich darüber hinaus auch mit der Entwicklung eines digitalen Binnenmarkts, einer Priorität auf der Agenda des neuen KOM-Präsidenten Jean Claude Juncker, befassen. Dazu wird sie den neuen Kommissar für digitale Wirtschaft und Gesellschaft, Günther Oettinger, einladen, um vor allem die Rolle der Länder beim Ausbau der Datennetze und bei der Entwicklung der Digitalwirtschaft zu diskutieren.

Ein weiteres wichtiges Thema für die EMK stellt die Entwicklung eines europäischen Arbeitsmarktes dar. Für die Länder geht es dabei vor allem um den Austausch von Erfahrungen beim Zuzug von EU-Bürgerinnen und Bürgern aus anderen MS, aber auch um die Frage, welcher Beitrag durch die Aufnahme von EU-Bürgerinnen und Bürgern zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und zugleich zur Behebung des Fachkräftemangels in Europa geleistet werden kann. Einen Erfahrungsaustausch der Länder soll es auch beim Thema innereuropäische Armutswanderung geben. Die für die Länder zu diskutierende Kernfrage wird sein, welche Konsequenzen sich aus den bisherigen Erkenntnissen für die Ausgestaltung von Freizügigkeitsrech-

ten der EU-Bürgerinnen und Bürger, insbesondere hinsichtlich der Sozialsysteme, ableiten lassen. Ein weiteres wichtiges Thema der EMK wird die europäische Asyl- und Flüchtlingspolitik darstellen. Mit den Erfahrungsberichten der Länder bei der Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen sowie der Durchführung von Asylverfahren als Grundlage soll über die Weiterentwicklung des europäischen Asylsystems gesprochen werden. Außerdem stehen mit der EU-Klima- und Energiepolitik und der europäischen Verkehrspolitik weitere bedeutsame Politikfelder auf der Agenda der EMK.

Im Bereich der europapolitischen Öffentlichkeitsarbeit wollen sich die Länder nach den positiven Erfahrungen mit dezentralen Maßnahmen im Wahljahr 2014 vor allem dafür einsetzen, dass die Anstrengungen der Länder von der EU künftig besser unterstützt werden. Schließlich wird für die EMK die Frage, wie das europäische Jahr der Entwicklung 2015 gestaltet werden kann, ebenfalls eine wichtige Rolle spielen.

Der Vorsitz der EMK wechselt zwischen den Bundesländern in jährlichem Turnus nach alphabetischer Reihenfolge. Amtszeit für Hamburg als Vorsitzland ist bis zum 30. Juni 2015. Im Anschluss wird Hessen den Vorsitz übernehmen. An den Sitzungen nehmen die Europaministerinnen und -minister der 16 Bundesländer teil; zudem werden als Gäste hochrangige Vertreter der Bundesregierung und der EU-Institutionen, aber auch aus der Wissenschaft eingeladen. Hamburg plant für das Vorsitzjahr 2014 / 2015 drei EMK-Sitzungen: am 18. und 19. November in Berlin, am 29. und 30. Januar 2015 in Brüssel sowie am 23. Juni 2015 in Hamburg.

Julia Regel / Henrik Lesaar

► [Webseite der EMK](#)

Institutionelles

Die Juncker-Kommission

Der designierte KOM-Präsident Jean-Claude Juncker, der am 15. Juli mit großer Mehrheit vom EP gewählt worden war, stellte am 10. September sein neues Kollegium vor. Zwei Personalien stehen bereits seit dem 30. August fest: Der polnische Ministerpräsident Donald Tusk wurde zum Nachfolger von Hermann Van Rompuy als Ratspräsident ernannt. Die Italienerin Federica Mogherini soll als neue EU-Außenbeauftragte Catherine Ashton nachfolgen.



Die KOM besteht derzeit aus 28 Mitgliedern. Seit der EU-Erweiterung 2004 entsendet jeder MS ein Mitglied in die KOM. Die Regierungen der MS schlagen jeweils einen Kandidaten für die KOM vor; die gesamte Liste wird danach vom Rat in Absprache mit dem designierten KOM-Präsidenten mit qualifizierter Mehrheit angenommen. Die Ressorts kann der KOM-Präsident nach der Nominierung der Kandidaten selbstständig verteilen. Er kann Vizepräsidenten unter den Mitgliedern ernennen. Einer der Vizepräsidenten ist als Hoher Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik zugleich Vorsitzender im Rat für Auswärtige Angelegenheiten und nimmt damit eine Doppelfunktion zwischen KOM und Rat der EU ein.

Nach der Nominierung findet eine ausführliche Anhörung der KOM-Kandidaten in den Fachausschüssen des EP statt (Hearing). Anschließend gibt das EP eine Stellungnahme ab, wobei es die KOM nur als Kollegium insgesamt annehmen oder ablehnen kann. Dieses Instrument hat das EP in der Vergangenheit gleichwohl dazu nutzen können, die Auswechslung einzelner KOM-Kandidaten zu erzwingen bzw. auf politische Missstände in bestimmten MS hinzuweisen. Nach Zustimmung des EP wird die KOM vom ER mit qualifizierter Mehrheit ernannt.

Die künftigen Vizepräsidenten

Der designierte KOM-Präsident Juncker hat neben der Hohen Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik sechs Kommissare zu Vizepräsidenten ernannt, die je ein Projektteam leiten werden. Den einzelnen Projektteams sind je nach Portfolio vier bis sechs Kommissare zugeteilt, wobei sich diese Zuordnung nachträglich auch noch ändern kann, wenn die Entwicklung neuer Projekte dies erfordert. Die Vizepräsidenten sollen die Arbeit der Kommissare koordinieren und zugleich politische Ansprechpartner sein. Sie sollen Vorhaben anstoßen, aber auch stoppen können und so als Filter zwischen dem KOM-Präsidenten und den Kommissaren dienen. Zugleich ermöglichen die Projektteams eine dynamische Interaktion aller Mitglieder des Kollegiums. Wichtig für die Arbeitsweise der neuen KOM ist, dass künftig nur Themen in der Tagesordnung aufgenommen werden, denen zuvor ein Vizepräsident zugestimmt hat. Allerdings ist bis auf eine Ausnahme keinem Vizepräsidenten eine eigene GD zugeteilt.

Der designierte KOM-Präsident Juncker hat den möglichen Mitgliedern der neuen KOM einen personalisierten sog. „Mission Letter“ übergeben, der jedem Kommissar Kernaufgaben zuweist und zum Teil konkrete Zielvorgaben enthält.

Als herausgehobener Erster Vizepräsident soll der Niederländer Frans Timmermans künftig sicherstellen, dass jeder KOM-Vorschlag wirklich erforderlich und nur auf Ziele ausgerichtet ist, die nicht durch die MS besser erreicht werden könnten. Konkret soll er unter Nutzung und Weiterentwicklung der Instrumente REFIT und Rechtsfolgenanalyse innerhalb von zwölf Monaten einen Vorschlag vorlegen, wie der Ansatz der „Besseren Rechtsetzung“ in der EU strukturell gestärkt werden kann. Innerhalb von drei Monaten soll er mit dem EP die Liste anhängiger Legislativvorhaben untersuchen und ermitteln, ob diese weiter verfolgt werden sollten oder nicht. Des Weiteren sollen der

Beitritt der EU zur Europäischen Menschenrechtskonvention abgeschlossen und ein Vorschlag für ein interinstitutionelles Abkommen zur Schaffung eines verpflichtenden Lobby-Registers für entsprechende Kontakte mit KOM, EP und Rat erstellt werden.

Der estnische Vizepräsident Andrus Ansip erhält das Portfolio Digitaler Binnenmarkt. Seinem Projektteam wird damit der Deutsche Günther Oettinger als Kommissar für digitale Wirtschaft und Gesellschaft zugeteilt werden. Auch die Arbeit der Kommissarin für Justiz, Verbraucher und Gleichstellung, Věra Jourová, wird partiell in sein Portfolio fallen.



Andrus Ansip, Quelle: KOM

Andrus Ansip wird aufgegeben, bestehende Telekommunikationsregeln und das Urheberrecht zu modernisieren sowie Regelungen zum Verbraucherschutz bei Online-Geschäften zu vereinfachen. Zudem soll er die Verhandlungen über die EU-Datenschutzreform und die Überprüfung des Safe Harbour-Mechanismus mit den USA innerhalb von sechs Monaten zum Abschluss bringen. Er soll auch den finnischen Vizepräsidenten für Arbeit, Wachstum, Investitionen und Wettbewerbsfähigkeit, Jyrki Katainen, dabei unterstützen, das in den politischen Leitlinien für die nächste KOM von Jean-Claude Juncker angekündigte Arbeits-, Wachstums- und Investitionspaket innerhalb von drei Monaten zu präsentieren. Dabei habe er auf die Integration von Maßnahmen zur Mobilisierung von öffentlichen und privaten Investitionen für Infrastruktur, wie z. B. Breitbandverbindungen, zu achten. Die Sicherheit im Internet und der Kampf gegen Online-Kriminalität sollen vorangetrieben und die Entwicklung der Kreativindustrie, einschließlich des audiovisuellen Sektors, unterstützt werden. Andrus Ansip wird vereinzelt zur Last gelegt, trotz öffentlicher Proteste das Handelsabkommens ACTA verfochten zu haben, bevor dieses durch das EP 2012 abgelehnt wurde, weil es als Bedrohung der Grundrechte im Internet gesehen wurde.

Die ehemalige slowenische Ministerpräsidentin Alenka Bratušek soll als Vizepräsidentin für die Energieunion verantwortlich sein, wobei ihr von Kritikern eine fehlende demokratische Legitimation vorgeworfen wird. Als eine ihrer letzten Amtshandlungen sorgte sie für die eigene Nominierung zur Kommissarin.

Kristina Georgiva aus Bulgarien soll für Haushalt und Personal zuständig sein. Sie wäre damit die einzige Vizepräsidentin, der mehrere GD unterstehen würden.

Der ehemalige lettische Ministerpräsident Valdis Dombrovski soll als Vizepräsident für den Euro und den sozialen Dialog zuständig sein.

Auf der nächsten Ebene unter den Vizepräsidenten finden sich 20 weitere Kommissare mit ihnen zugewiesenen Zuständigkeiten und GD (siehe Artikel zu den einzelnen Fachbereichen in dieser HANSEUMSCHAU).

Christoph Lührs

► PM der KOM IP/14/984

► Liste der KOM-Kandidaten und Mission Letters (EN)

Finanzen

Neue KOM: Franzose und Brite zuständig für das Finanzportfolio

Nach vorhergehenden, z. T. „wilden“ Spekulationen wurden mit der Vorstellung der designierten Kommissare auch deren Zuständigkeiten bekannt: Für den Finanzbereich bedeutet dies, dass künftig Pierre Moscovici aus Frankreich für den Bereich Wirtschaft, Währung, Steuern und Zollunion zuständig sein soll und dass Jonathan Hill aus dem Vereinigten Königreich einer neuen GD für Finanzstabilität, Finanzdienstleistungen sowie Kapitalmarktunion vorstehen soll.



v. l. n. r.: Pierre Moscovici und Jonathan Hill, Quelle: KOM

Während Frankreich bereits im Vorfeld mehrfach betont hatte, entweder das Wettbewerbsportfolio für sich zu beanspruchen oder den Bereich Wirtschaft und Währung, galt die Benennung des Briten Jonathan Hill als neuen Kommissar für „Kapitalmärkte“ doch als Überraschung, insbesondere vor dem Hintergrund, dass hierfür eine neue GD geschaffen wird, die sich aus Teilen der bisherigen GD Markt sowie GD Wirtschaft und Finanzen zusammensetzt und ausschließlich den Kapitalmärkten widmet.

Der Volkswirt Moscovici wurde 1957 geboren, war zweimal Mitglied im EP sowie zuletzt französischer Wirtschafts- und Finanzminister. Der Historiker Baron Jonathan Hill wurde 1960 geboren, war Junior Minister für Schulen und zuletzt Führer des britischen Oberhauses. Beide Kandidaten wurden kritisiert - Moscovici dafür, dass er es nicht geschafft habe, den französischen Haushalt zu konsolidieren, und Hill dafür, dass er in der Vergangenheit als Lobbyist für Banken gearbeitet hat, die er nun regulieren soll.

Hauptaufgabe beider Kommissare soll zunächst die Ausgestaltung des vom designierten KOM-Präsidenten Juncker angekündigten Pakets für Wachstum, Beschäftigung, Investitionen und Wettbewerbsfähigkeit sein, das voraussichtlich 300 Mrd. € umfassen und innerhalb der ersten drei Monate nach Amtsantritt der neuen KOM vorgelegt werden soll.

Dem designierten Kommissar Moscovici wurde darüber hinaus aufgetragen, für eine stärkere Einbettung nationaler Akteure im Rahmen des Europäischen Semesters zu sorgen sowie innerhalb des ersten Jahres seines Mandats eine stabilitätsorientierte Revision des im Zuge der Eurokrise verschärften Stabilitäts- und Wachstumspakts vorzulegen. Zudem soll er Vorschläge erarbeiten, wie Strukturreformen insbesondere in den Euro-MS über finanzielle Anreize be-

fördert werden können, die über eine Fiskalkapazität auf Eurozonen-Ebene finanziert werden.

Für den designierten Kommissar Hill lauten die Hauptaufgaben Verbesserung des Investitionsklimas inklusive einer Wiederbelebung von sicheren und hochqualitativen Verbriefungsmärkten, Entwicklung von Alternativen für die bankenlastige Finanzierung der Wirtschaft sowie Schaffung von Widerstandsfähigkeit und Stabilität im Finanzsektor bei gleichzeitig besserer Berücksichtigung von Verbraucherschutz in der Finanzmarktregulierung. Bis 2019 soll Jonathan Hill eine gut regulierte integrierte Kapitalmarktunion zum Nutzen der Realwirtschaft vollendet haben.

Beide Kommissare sind zwei Vizepräsidenten zugeordnet, zum einen Valdis Dombrovskis mit Zuständigkeit für den Euro und sozialen Dialog, zum anderen Jyrki Katainen, verantwortlich für Wachstum, Beschäftigung, Investitionen und Wettbewerbsfähigkeit.

Hill konnte bei seiner Anhörung am 1. Oktober das EP noch nicht überzeugen. Er wurde im Ausschuss nicht bestätigt und muss zu einem zweiten Hearing antreten. Auch Moscovici konnte das EP bei seiner Anhörung am 2. Oktober nicht gänzlich überzeugen. Ihm wurden zusätzliche schriftliche Fragen übersandt, die er zu beantworten hat. Abhängig von der Beantwortung dieser Fragen wird sich zeigen, ob auch er sich einem zweiten Hearing stellen muss.

CF

► [Kurzbriefing Moscovici \(EN\)](#)

► [Kurzbriefing Hill \(EN\)](#)

Energie, Klima und Umwelt

Designierte Kommissare aus Spanien und Malta



Quelle: KOM

Als designierter Kommissar für Klimapolitik und Energie wurde Miguel Arias Cañete aus Spanien benannt. Der Jurist wurde 1950 geboren und war von 1986 bis 1999 bereits Abgeordneter des EP, u. a. Vorsitzender der Ausschüsse für Fischerei und Regionalpolitik. Bis April bekleidete er das Amt des Landwirtschaftsministers, im Mai wurde er wieder als Abgeordneter ins EP gewählt. Dem neuen Kommissar sollen die GD Klimapolitik und GD Energie zuarbeiten. Juncker hatte schon in seinen Leitlinien 2014 bis 2019 ein klares Bekenntnis für die erneuerbaren Energien und die Energieeffizienz abgelegt. Im Widerspruch dazu scheint zu stehen, dass Arias Cañete eine zu große Nähe zur Ölindustrie nachgesagt wird: Bis vor einigen Tagen hielt er Anteile an zwei Ölunternehmen. Auch ist er durch frauenfeindliche Bemerkungen aufgefallen. Inhaltlich soll sich Arias Cañete in den nächsten fünf Jahren u. a. um diese Themenbereich prioritär kümmern:

- die weitere Vollendung des Binnenmarktes im Energiesektor;
- die Mobilisierung von öffentlichen und privaten Mitteln für die Energienetze sowie den Ausbau der erneuerbaren Energien und die Energieeffizienz;

- die Energiesicherheit und
- die Umsetzung des Energie- und Klimarahmens 2030.

Ein Kommissar nicht nur für Umwelt

Als designierter Kommissar für Umwelt, Maritime Angelegenheiten und Fischerei wurde Karmenu Vella benannt. Der 1950 geborene Malteser Vella hat Agrarwissenschaften und Bauingenieurwesen studiert. Er gehört derzeit als Tourismusminister der maltesischen Regierung an. Dem neuen Kommissar sollen die GD Umwelt sowie GD maritime Angelegenheiten und Fischerei zuarbeiten. Juncker selbst hat in seinen Leitlinien die wirtschaftliche Komponente der Umweltpolitik betont und möchte den Ansatz zum „Grünen Wachstum“ weiterentwickeln. Inhaltlich soll Vella u. a. folgende Themen bearbeiten:



Quelle: EP

- eine Überarbeitung des Umweltrechts, konkret die Analyse der Vogelschutz-RL und Habitat-RL mit dem Ziel einer Zusammenführung in einen „moderneren“ Rechtsakt;
- die Analyse der Luftreinhaltestrategie;
- die Umsetzung der Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik;
- die verantwortungsvolle Steuerung von Meeresbelangen (Ocean Governance).

Beide Kommissare sollen u. a. eng mit der Vizepräsidentin für die Energieunion, Alenka Bratušek, zusammenarbeiten. Insbesondere zwischen Bratušek und Arias Cañete gibt es eine Reihe von Aufgabenüberschneidungen, über die sicher noch diskutiert werden wird.

Während der Energiebereich durch die Benennung einer Vizepräsidentin und eines Fachkommissars sowie durch die Zuordnung des Klimabereichs klar aufgewertet wird, verlieren die Umwelt- und Meeresthemen an Bedeutung. Bereits 2009 war aus der GD Umwelt der Klimabereich herausgelöst worden, nun verliert sie sogar einen eigenen Kommissar. Die deutliche wirtschaftliche Ausrichtung der Umweltpolitik lässt sie weniger eigenständig erscheinen.

TE

- ▶ [Kurzbriefing Cañete \(EN\)](#)
- ▶ [Kurzbriefing Vella \(EN\)](#)

Staubsauger müssen ab September energieeffizienter werden

Seit dem 1. September gilt in der EU eine neue VO, die die Energieeffizienz für Staubsauger festlegt – es dürfen seitdem nur noch Geräte neu in den Verkehr gebracht werden, die u. a. weniger als 1600 Watt verbrauchen und eine geringere Lärmbelastung als 80 Dezibel aufweisen. Die Staubsauger müssen ab 1. September ein Label tragen, das über Energieeffizienz, Reinigungskraft, Staubemissionen und Lärmpegel informiert. Ab 1. September 2017 gilt zudem eine Leistungsbegrenzung auf 900 Watt.

Da zusätzlich zur Energieeffizienz auch die Reinigungskraft und die Mindesthaltbarkeit der Produktteile festgelegt werden, sollten seither nicht nur energieeffizientere, sondern auch leistungsfähigere und langlebigere Produkte auf den Markt kommen.

Bereits im Jahr 2013 wurden Mindestenergieeffizienzstandards für Heizungen, Warmwasserbereitung, Netzwerk-Stand-by und Computer verabschiedet. Diese fünf Gruppen sollen schon ab 2020 den Energieverbrauch in der EU um mehr als 700 Terrawattstunden jährlich senken und somit einen positiven Einfluss auf die Folgen des Klimawandels haben.

Hintergrund: Die Ökodesign-RL der EU

Rechtliche Grundlage der „Staubsauger-VO“ ist die Ökodesign-RL (2009/125/EG), mit der als Rahmen-RL Mindestenergieeffizianz Anforderungen für verschiedene Produktgruppen festgelegt werden. Die Ökodesign-RL gilt daher nicht nur für Staubsauger, sondern für alle „energieverbrauchsrelevanten Produkte“ – ein bekanntes Beispiel ist die Glühbirne.

Die RL bildet einen konkreten Baustein bei der Umsetzung der EU-Klimapolitik und soll langfristig zum Erreichen nationaler und europäischer Klimaziele beitragen, wie zum Beispiel dem EU-Ziel, 20 % Energie bis 2020 einzusparen. Es sind bereits 24 Produktgruppen reguliert worden, weitere Gruppen werden auf Basis der Ökodesign-RL auf die Notwendigkeit einer Regulierung geprüft.

Nadja Frercksen / TE

- ▶ [PM der KOM-Vertretung in Deutschland](#)
- ▶ [Ökodesign-Produktgruppenübersicht](#)

Justiz und Inneres

Die designierten Kommissare im Bereich Justiz und Inneres

Der Bereich Justiz und Inneres soll zukünftig im Wesentlichen von einem Trio bestehend aus dem ersten Vizepräsidenten Frans Timmermans sowie zwei „einfachen“ Kommissaren gesteuert werden. Der bisherige griechische Verteidigungsminister Dimitris Avramopoulos, geboren 1961, soll Kommissar für Migration und Inneres, die 1964 geborene Tschechin Věra Jourová Kommissarin für den Bereich Justiz, Verbraucher und Gleichstellung werden.

Dimitris Avramopoulos soll eine neue europäische Politik der legalen Migration entwickeln, die sich daran orientiert, welche Talente in der EU gebraucht werden. Hierfür soll er zunächst innerhalb von sechs Monaten eine Evaluation der „Blue Card“-RL vorlegen. Zur Bekämpfung illegaler Einwanderung soll FRONTEX, die EU-Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen, gestärkt und das Europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen, EASO, ausgebaut werden. Insgesamt soll eine enge Abstimmung mit der Hohen Repräsentantin für Außen- und Sicherheitspolitik stattfinden.

Věra Jourová hat die Aufgabe, die stockenden Verhandlungen über den KOM-Vorschlag über eine horizontale Anti-Diskriminierungs-RL sowie die Datenschutzreform



und die Modernisierung der Regelungen für Online- und digitale Einkäufe voranzutreiben. Zudem sollen die Verhandlungen mit den USA über ein Datenschutzabkommen abgeschlossen werden. Eine unabhängige Europäische Staatsanwaltschaft soll 2016 eingerichtet werden. Die Aufsicht über die Vergütung im Bankensektor wird aus der GD Binnenmarkt in die GD Justiz verlagert und damit künftig der Zuständigkeit des Kommissars für Finanzen Jonathan Hill entzogen und in das Portfolio Jourovás eingegliedert.

Dass der Grieche Dimitris Avramopoulos mit dem neu geschaffenen Ressort für Flüchtlingsfragen betraut wurde, ist vereinzelt auf Kritik gestoßen, da es gegen sein Heimatland seit Jahren schwere Vorwürfe – und auch Vertragsverletzungsverfahren – im Bereich der Flüchtlings- und Asylpolitik gibt. Tschechien und Věra Jourová selbst zeigten sich enttäuscht darüber, dass sie nicht das angestrebte Verkehrsressort erhalten hat.

Benjamin Knorr

► [Kurzbriefing Dimitris Avramopoulos \(EN\)](#)

► [Kurzbriefing Věra Jourová \(EN\)](#)

Telekommunikation und Medien

Günther Oettinger: Ein erfahrener Kommissar vor neuen Herausforderungen

Der Bereich Telekommunikation und Medien soll künftig durch den 1952 geborenen designierten Kommissar für digitale Wirtschaft und Gesellschaft Günther Oettinger in Zusammenarbeit mit dem für den Bereich Digitaler Binnenmarkt zuständigen designierten Vizepräsidenten Andrus Ansip gesteuert werden.



Quelle: Wikipedia

Günther Oettinger werden Vorgaben gemacht, die sich zu einem großen Teil mit den Aufgaben decken, die Vizepräsident Ansip gestellt worden sind. Während Ansip auf die Leitlinien des Digitalen Binnenmarktes achten wird, dürfte sich Kommissar Oettinger um spezifischere Fragen kümmern – etwa im Bereich Urheberrecht. Hierfür wurde die Oettinger zuarbeitende

GD für Kommunikationsnetze, Inhalte und Technologien insbesondere um die Bereiche Urheberrecht sowie Online- und Postdienstleistungen erweitert.

Auch der Bereich des Online-Glücksspiels fällt nunmehr in die Zuständigkeit des Kommissars für digitale Wirtschaft. Darüber hinaus soll Oettinger die EU-Außenbeauftragte bei der Errichtung einer globalen Internet-Governance unterstützen, die Offenheit des Internets sicherstellen, den Markt für digitale Anwendungen als Wirtschaftszweig fördern, die IT-Infrastruktur der EU modernisieren und die digitalen Kompetenzen in der Bevölkerung stärken.

Bei der Datenschutzreform soll er die in diesem Bereich federführenden KOM-Kollegen Andrus Ansip und Věra Jourová dabei unterstützen, die Verhandlungen noch

2015 abzuschließen. Aufbauend auf dieser Grundlage soll er anschließend eine Reform der e-Privacy-RL vorbereiten.

Günther Oettinger wurde aus dem politischen Lager der Grünen und der Piratenpartei vorgeworfen, zu unerfahren im Bereich Digitale Wirtschaft zu sein und keine klare Vorstellung darüber zu haben, wie die digitale Transformation zu bewältigen sei.

Benjamin Knorr

► [Kurzbriefing Günther Oettinger \(EN\)](#)

Öffentliches Auftragswesen

EuGH beschränkt Mindestlohnvorgaben bei öffentlichen Aufträgen

Der EuGH entschied am 18. September, dass es mit der Dienstleistungsfreiheit unvereinbar ist, einen Mindestlohn, der bei der Vergabe öffentlicher Aufträge vorgeschrieben wurde, auch dann einhalten zu müssen, wenn die Arbeitnehmer eines Nachunternehmers ihren Sitz in einem anderen MS haben und den Auftrag ausschließlich in diesem Staat ausführen. Dem Rechtsstreit lag ein Gesetz des Bundeslandes Nordrhein-Westfalen zugrunde, das Unternehmen, die öffentliche Dienstleistungsaufträge ausführen, verpflichtet, einen Mindestlohn von 8,62 € zu zahlen.

Der EuGH führt aus, dass eine solche Regelung tatsächlich eine Beschränkung der Dienstleistungsfreiheit darstellen kann, da die Verpflichtung zur Zahlung eines Mindestlohns in einem anderen MS eine zusätzliche wirtschaftliche Belastung darstelle. Dadurch könne die Erbringung von Dienstleistungen in einem anderen MS unterbunden, behindert oder weniger attraktiv werden.

Wenn Nachunternehmen die Möglichkeit genommen werde, aus bestehenden Lohnunterschieden einen Wettbewerbsvorteil zu beziehen, gehe die Regelung zudem über das zur Erreichung des Ziels des Arbeitnehmerschutzes erforderliche Maß hinaus. Der Eingriff lasse sich auch nicht durch eine zu vermeidende Gefährdung der Stabilität der Systeme der sozialen Sicherheit rechtfertigen, da die in einem anderen MS beschäftigten Arbeitnehmer nicht dem einheimischen Sozialversicherungssystem unterfielen.

Mit dem Urteil bestätigt der EuGH seine Rechtsprechung des Falles „Rüffert gegen Niedersachsen“ zum Anwendungsbereich der ArbeitnehmerRL.

Benjamin Knorr

► [Urteil des EuGH In der Rechtssache C-549/13](#)

► [PM des EuGH](#)

Sozial- und Beschäftigungspolitik

Marianne Thyssen: Designierte EU-Kommissarin für Arbeit, Soziales, Qualifikation und Mobilität

Die ehemalige Europa-Parlamentarierin Marianne Thyssen ist als neue Kommissarin für die beschäftigungs- und sozialpolitischen Themen vorgesehen. Sie soll dafür Sorge tragen, dass diese Aspekte im wirtschaftspolitischen Zyklus

der EU, dem Europäischen Semester, ihren Niederschlag finden und das Beschäftigungspaket der EU inklusive Jugendgarantie zügig umgesetzt wird.

Ihr Portfolio sieht auch die Fortführung und Vertiefung des sozialen Dialoges vor sowie das Voranbringen der Arbeitnehmerfreizügigkeit, die konsequente Umsetzung der Entsende-RL und – generell – die Unterstützung einer stärkeren Arbeitskräftemobilität. Zuständige Vizepräsidenten für Frau Thyssens Arbeitsbereich sollen Jyrki Katainen



Quelle: EP

(Arbeitsplätze, Wachstum, Investitionen und Wettbewerbsfähigkeit) und Valdis Dombrovskis (Euro und sozialer Dialog) werden. Darüber hinaus wird sie sich eng mit dem designierten Kommissar für Wirtschafts, Währung, Steuern und Zollunion, Pierre Moscovici, abstimmen müssen. Gemeinsam mit dem designierten Kommissar für Migration und Inneres, Dimitris Avramopoulos, soll Frau Thyssen neue politische Leitlinien für legale Migration in die EU entwerfen, um dem Fachkräftemangel zu begegnen und Talente nach Europa zu holen. Die bereits angelaufene Transparenzinitiative zu Berufsqualifikationen wird durch die designierte Kommissarin für Binnenmarkt, Unternehmertum und KMU, Elżbieta Bieńkowska, weiter verfolgt werden; sie wird allerdings in den Themenbereich von Frau Thyssen einfließen.

AT

► [Kurzbriefing Marianne Thyssen \(EN\)](#)

KOM und OECD legen Bericht zur Arbeitskräftemobilität vor

Drei Jahre lang haben KOM und OECD ein gemeinsames Forschungsprojekt durchgeführt, das sich mit der Frage beschäftigte, wie die mit einer verstärkten Arbeitskräftemobilität verbundenen Potenziale für das Beschäftigungswachstum in den MS genutzt werden kann. Auf den im Jahr 2012 veröffentlichten Zwischenbericht, der die Arbeitnehmerfreizügigkeit und die notwendigen Anpassungen auf dem Arbeitsmarkt im Fokus hatte, ist am 18. September der Abschlussbericht erschienen. Seine wichtigsten Aussagen und politischen Empfehlungen sind in einem „Policy-Brief“ zusammengefasst.

Als Motivation für dieses Projekt diente die Erkenntnis, dass die laufenden und zu erwartenden demographischen Veränderungen erhebliche Herausforderungen für nationale und regionale Arbeitsmärkte mit sich bringen. Dabei geht es nicht nur um quantitative Aspekte wie fehlende Arbeitskräfte, sondern auch um strukturelle wie alterndes Erwerbspotenzial und qualitative Fragen, etwa den Fachkräftebedarf. Daraus ergeben sich drei Strategien, die von KOM und OECD vorgeschlagen werden:

- Förderung der Mobilität zwecks besserer Verteilung der Qualifikationen;
- eine bessere Integration von Migranten aus EU-Staaten (intelligenter Nutzung der Fähigkeiten);

- Gewinnung von auf dem EU-Arbeitsmarkt benötigten qualifizierten Arbeitnehmern.

Der Bericht ist ein Plädoyer für die Beseitigung von Mobilitätshindernissen, zu der die EU bereits grundlegende Initiativen ergriffen hat, wie z. B. Recht auf Freizügigkeit, Wahrung von Zusatzrentenansprüchen und europaweites Netzwerk für die Arbeitssuche EURES.

AT

► [PM der KOM IP/14/1016](#)

Regional- und Städtepolitik

Corina Crețu soll neue Kommissarin für Regionalpolitik werden

Die 1967 geborene, rumänische Wirtschaftswissenschaftlerin Corina Crețu, die seit 2007 Mitglied im EP ist, soll in der neuen KOM den Bereich Regionalpolitik leiten.



Quelle: EP

Ihr Portfolio umfasst im Wesentlichen die Überwachung der Instrumente und Investitionsprioritäten im Rahmen der Kohäsionspolitik für die Förderperiode 2014 bis 2020, die Koordination der unterschiedlichen Fonds innerhalb des Gemeinsamen Strategischen Rahmens sowie die Gewährleistung von Synergien zwischen den

Struktur- und Investitionsfonds mit anderen EU-Programmen. Eine weitere Aufgabe wird die Einführung und Nutzung innovativer Finanzinstrumente sein, worunter z. B. die von der KOM seit längerem geforderten revolving-Fonds fallen. Da die Kohäsionspolitik mit dem mehrjährigen Finanzrahmen und den wirtschaftspolitischen Steuerungsmechanismen der EU in Verbindung steht, wird Frau Crețu eng mit den Vizepräsidenten für den Euro und sozialen Dialog, Valdis Dombrovskis, für Arbeitsplätze, Wachstum, Investitionen und Wettbewerbsfähigkeit, Jyrki Katainen, sowie mit dem designierten Kommissar für Wirtschafts- und Finanzangelegenheiten, Pierre Moscovici, zusammenarbeiten.

Vorgesehen sind weiterhin Kooperationsprojekte im Bereich Energie und digitaler Wirtschaft. Welchen Stellenwert die von dem scheidenden Kommissar Johannes Hahn herausgehobene städtische Dimension innerhalb der künftigen Kohäsionspolitik haben wird, geht aus dem Anschreiben des designierten KOM-Präsidenten Juncker an Frau Crețu nicht hervor. Allerdings wird die Initiative für eine neue städtische Agenda von Ratsseite intensiv verfolgt.

AT

► [Kurzbriefing Corina Crețu \(EN\)](#)

Sechstes Kohäsionsforum zum wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt

Etwa alle drei Jahre findet in Brüssel das Kohäsionsforum statt - eine Bestandsaufnahme zum wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt in der EU, zugleich ein Ausblick auf kommende Herausforderungen und Investitionsschwerpunkte. Das diesjährige Ereignis hatte etwas auf sich warten lassen. Schuld daran waren die zähen Verhandlungen zu den Strukturfonds-VO Ende des letzten Jahres. Doch am 8. und 9. September kamen etwa 700 Teilnehmer zur großen Konferenz, um u. a. über die Ergebnisse des umfangreichen Sechstes Kohäsionsberichts zu diskutieren, der im Juli von der KOM vorgelegt worden war.

Die dort dargestellten sozioökonomischen Trends sind beunruhigend: Die regionalen wirtschaftlichen Disparitäten haben zugenommen, die öffentlichen Investitionen sind zwischen 2008 und 2013 um 20 % zurückgegangen, und die soziale Lage in den MS der EU hat sich verschärft. Allerdings gibt es auch positive Nachrichten, die dem Einsatz von Mitteln aus den Struktur- und Investitionsfonds der letzten Förderperiode zu verdanken sind. So gab es im genannten Zeitraum einen Zuwachs von etwa 600.000 Arbeitsplätzen und 80.000 Unternehmen. 5,7 Mio. Arbeitssuchende konnten erfolgreich vermittelt werden und 8,6 Mio. Menschen wurden im Rahmen von Qualifizierungsmaßnahmen unterstützt.

Der Zeitpunkt des Sechstes Kohäsionsforums war zwar günstig für die Abschiedsreden des KOM-Präsidenten José-Manuel Barroso, des ER-Präsidenten Herman Van Rompuy und des Kommissars für Regional- und Städtepolitik, Johannes Hahn. Für die Kohäsionspolitik indes war der Termin eher ungeeignet. Weder war eine abschließende Bilanz für den zurückliegenden Förderzeitraum 2007 bis 2013 möglich, noch konnte eine erste Bewertung der neuen Förderinstrumente vorgenommen werden. Der Großteil der regionalen EFRE-Programme ist nämlich noch gar nicht von der KOM genehmigt worden. Im Mittelpunkt der Konferenz stand stattdessen die Verknüpfung der Kohäsionspolitik mit den wirtschaftspolitischen Steuerungsmechanismen der EU.

Das nächste Kohäsionsforum soll im Jahr 2017 stattfinden. Dort werden die bis dahin entwickelten Vorschläge für die Strukturförderung nach 2020 präsentiert. AT

[► PM der KOM IP/14/969](#)

[► Abschlussrede von Kommissar Hahn \(EN\)](#)

Fischereipolitik

Fischereimöglichkeiten in der Ostsee 2015: Mehr Hering – weniger Dorsch?

Die KOM hat Anfang September ihren alljährlichen Vorschlag für die Fischereimöglichkeiten in der Ostsee für 2015 vorgelegt. Auf den ersten Blick zeichnet sich ein positives Bild: die Gesamtfangmenge (TAQ) soll gegenüber 2014 um ganze 12 % ansteigen, was 629.000 Tonnen be-

deuten würde. Drei weitere Fischbestände wären soweit wiederhergestellt, dass sie mit dem höchstmöglichen Dauerertrag, d. h. der höchstmöglichen Fangmenge eines Bestandes, bei dem dieser nicht geschädigt wird, befischt werden dürfen.

Im Detail gibt es aber durchaus große Unterschiede: während die TAQ für Hering in der für die deutschen Fischer wichtigen westlichen Ostsee um 12 % ansteigen soll, wird für Dorsch im gleichen Gebiet eine Kürzung von 48 % vorgeschlagen. Abschließend entscheiden müssen wie immer die Fischereiminister: der Termin ist auf den 13. und 14. Oktober festgelegt.

Die TAQs sind das scharfe Schwert der EU-Fischereipolitik. Werden sie nicht eingehalten, drohen Kürzungen. In 2013 hatten insgesamt zehn MS ihre TAQs überzogen – entsprechend wurden bereits zugeteilte Quoten für 2014 gekürzt. Deutschland war nicht betroffen aber einige seiner Nachbarstaaten, wie z. B. Dänemark, Polen, Frankreich, Belgien und die Niederlande. Die gute Botschaft dabei: nach Angaben der KOM sank die Überfischung gegenüber 2011 um 22 %.

TE

[► PM der KOM IP/14/959](#)

[► Übersicht zu den TAQ-Kürzungen in 2014](#)

Handelspolitik

Siebte Verhandlungsrunde zu TTIP – KOM weist Bürgerinitiative zurück

Auch nach der siebten Verhandlungsrunde zur Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP), die vom 29. September bis zum 3. Oktober in Maryland stattfand, müssen alle auf die Vorlage der ersten konsolidierten Dokumente warten.

Um die fehlende Zugänglichkeit zu den Verhandlungsdokumenten auszugleichen, hatte die KOM in den letzten Monaten erneut EU-Positionspapiere und Erläuterungen zu Themen herausgebracht, die in der Öffentlichkeit viel diskutiert werden. In einem Dokument zu kulturellen Belangen führt die KOM aus, dass nicht nur audiovisuelle Dienstleistungen von den Verhandlungen ausgenommen seien, sondern dass auch die in den EU-Verträgen festgeschriebene Wahrung und Förderung der kulturellen Diversität nicht angetastet werde. So habe kein Freihandelsabkommen Einfluss auf die Möglichkeiten der MS, kulturelle Aktivitäten, wie z. B. Theater und Musicals, finanziell zu fördern, solange dies im Einklang mit dem EU-Wettbewerbsrecht stehe. Auch die deutsche Buchpreisbindung wäre hinsichtlich TTIP oder anderer Handelsabkommen ohne Belag, solange dieselben Regeln für alle Anbieter gelten.

In einem speziell auf deutsche Befürchtungen eingehenden Papier zum Schutz öffentlicher Dienstleistungen stellt die KOM klar, dass bei staatlich finanzierten Diensten im Gesundheitswesen, im sozialen Bereich oder zur Wasserversorgung TTIP oder andere EU-Handelsabkommen keine negativen Auswirkungen hätten. Die MS würden nicht verpflichtet, Unternehmen oder Personen aus Drittstaaten genauso zu behandeln wie europäische Dienst-

leister. Auch bei aus öffentlichen Mitteln geförderten Bildungseinrichtungen können MS eine unterschiedliche Behandlung von Dienstleistungserbringern aus der EU gegenüber Drittstaaten, z. B. beim Marktzugang, aufrecht erhalten.

Mit Spannung erwartet wird auch die Auswertung der im Juli zu Ende gegangenen KOM-Konsultation zu Modalitäten des Investitionsschutzes und der Investor-Staat-Streitbeilegung, bekannt unter dem Stichwort „ISDS“. Bisher wurde lediglich über statistische, nicht über inhaltliche Ergebnisse der fast 150.000 Rückmeldungen, die fast ausschließlich von Privatpersonen stammen, informiert. Auffällig ist, dass mehr als ein Drittel der Rückläufe aus dem Vereinigten Königreich kamen, fast ein Viertel aus Österreich, dicht gefolgt von Deutschland.

Eine EU-Bürgerinitiative mit dem Titel „Stopp TTIP“, die neben dem Abkommen zwischen der EU und den USA auch das Freihandelsabkommen mit Kanada (CETA) verhindern wollte, wurde von der KOM aufgrund rechtlicher Bedenken zurückgewiesen. Die Initiative stuft geplante Elemente der Vereinbarungen wie etwa Bestimmungen zur regulatorischen Zusammenarbeit oder zu ISDS als Bedrohung für die Demokratie und die Rechtsstaatlichkeit ein. In der Entscheidung vom 10. September verweist die KOM jedoch darauf, dass es sich bei den Verhandlungsmandaten nicht um Rechtsakte, sondern um interne Vorbereitungsakte zwischen den EU-Organen handle. Zudem stellt die KOM klar, dass eine Bürgerinitiative die KOM nicht auffordern könne, Rat und EP das Nicht-Abschließen der Verhandlungen vorzuschlagen. AB

► [Themenseite der KOM zu TTIP](#)

► [KOM-Entscheidung zur Ablehnung der Bürgerinitiative](#)

Weitere Handelsabkommen: Kanada und Ecuador

Zu den Handelsabkommen, die von der KOM zurzeit verhandelt werden, gehört das Comprehensive Economic and Trade Agreement mit Kanada, CETA. Bereits im Oktober 2013 war die politische Einigung verkündet worden. Nun gaben am 26. September die Präsidenten der KOM bzw. des ER, Barroso und Van Rompuy, gemeinsam mit dem kanadischen Ministerpräsident Harper anlässlich des EU-Kanada-Gipfels in Ottawa den Abschluss der Verhandlungen bekannt. Anfang August hatte die KOM den MS den ausverhandelten Text, der mandatsgetreu auch Bestimmungen zum ISDS enthält, an die MS übermittelt. Handelskommissar De Gucht versicherte, alle Bedenken gegen den Investorenschutz seien in dem Abkommen berücksichtigt.

Durch das Abkommen, für das Rat und EP frühestens im Frühjahr ihre Standpunkte festlegen, sollen Zölle zu fast 100 % eliminiert werden und EU-Unternehmen Zugang zu öffentlichen Ausschreibungen erhalten. Zudem enthält der Vertragstext Vereinbarungen zur gegenseitigen Anerkennung von Berufsqualifikationen. Als besonderer Erfolg ist zu werten, dass Kanada z. B. hinsichtlich des Schutzes geografischer Herkunftsbezeichnungen von landwirtschaftli-

chen Erzeugnissen auf die Bedürfnisse der EU eingegangen ist.

Für den Ratifizierungsprozess ist die Einordnung des Abkommens wichtig. Die KOM scheint weiterhin nicht davon auszugehen, dass es sich bei CETA um ein gemischtes Abkommen handelt. Sie könnte daher diesen u. a. mit Deutschland strittigen Punkt gerichtlich klären lassen. Dann wäre entscheidend, ob das „Pastis-Prinzip“ als einschlägig angesehen wird, d. h. bei Vorliegen nur einer einzigen Vorschrift im Zuständigkeitsbereich eines MS müsste das Abkommen bereits als gemischt angesehen werden. Sollte dies verneint werden, könnten die Vorschriften lediglich als Annex und damit nicht maßgeblich für die Beurteilung gewertet werden. Sinnvoll wäre jedoch aufgrund des Widerstandes im Rat eine politische Entscheidung der KOM, das Abkommen als gemischt zu werten. Die KOM betont, dass die jetzt vorliegenden konsolidierten Texte zu CETA hinsichtlich der Einordnung des Abkommens ergebnisoffen formuliert sind.

In einer Plenumsdebatte mit Kommissar De Gucht am 16. September zeigten sich die EP-Abgeordneten gespalten: So begrüßten sie die Erfolge des EU-Verhandlungsteams, Zugang zum öffentlichen Auftragswesen in Kanada erhalten sowie 145 geschützte geografische Angaben der EU verteidigt zu haben. Viele betonten, dass es wichtig sei, Zugang zu neuen Märkten für EU-Unternehmen zu schaffen, um die Verluste bei Geschäften mit Russland wettzumachen. Allerdings gab es auch Einwände, insbesondere bezogen auf die Klauseln zum ISDS, die einige Fraktionen im EP entfernt sehen wollen.

Bereits im Juli verkündete die KOM, dass Ecuador nach intensiven Verhandlungen beschlossen hat, sich dem Handelsabkommen anzuschließen, das die EU 2010 mit Peru und Kolumbien geschlossen haben. 2009 hatte Ecuador, wie bereits Bolivien ein Jahr zuvor, die Gespräche, an denen beide Länder zunächst beteiligt gewesen waren, abgebrochen. Die Verhandlungsführer der KOM betonten, dass damit nicht nur bezüglich des Warenhandels, sondern auch hinsichtlich des Marktzugangs für Dienstleistungen, der Niederlassung und der Vergabe öffentlicher Aufträge ambitionierte Vereinbarungen getroffen worden seien. Nach der Rechtsförmlichkeitsprüfung wird der Ratifizierungsprozess beginnen. AB

► [PM der KOM Abkommen mit Kanada IP/14/287](#)

► [PM des EP zu CETA vom 17.09.2014](#)

► [PM der KOM zum Andenabkommen IP/14/854](#)

Designierte Kommissare für die Wirtschaftsbereiche

Die Themen Wettbewerb, Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU sollen sich im Zuständigkeitsbereich der vier Vizepräsidenten Katainen, Ansip, Bratušek und Dombrovskis wiederfinden.

Die entsprechenden GD sollen der designierten Kommissarin für Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU, Elżbieta Bieńkowska, Jahrgang 1964, ehemalige stellvertretende Premierministerin Polens, untergeordnet werden. Damit würden die GD Unternehmen und Industrie sowie GD Binnenmarkt und Dienstleistungen fusioniert. In

ihrem „Mission Letter“ wird die Bedeutung der Vollendung des Binnenmarktes für die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und Industrie ebenso betont, wie das Erfordernis von Synergien zwischen hochleistungsfähiger Industrie und starkem Dienstleistungssektor. Ausdrücklich genannt werden eine Steigerung des Industrieanteils am BIP von 16 % auf 20 % sowie Verwaltungsvereinfachungen. Bemerkenswert ist, dass künftig von der Kommissarin erwartet wird, durch flankierende Maßnahmen sowohl auf EU- als auch auf nationaler Ebene zum Erfolg des Europäischen Semesters beizutragen.



Quelle: EP

Kommissarin für Wettbewerb soll Margrethe Vestager, Jahrgang 1968, aus Dänemark werden. In ihrem Mission Letter betont Juncker, dass Wettbewerbspolitik einen gesamtheitlichen Ansatz haben und zur Steuerung von Innovationen beitragen soll. Er fordert, sowohl einen rechtlichen als auch einen wirtschaftlichen Ansatz bei der Bewertung wettbewerbsrechtlicher Sachverhalte zu verfolgen. Zugleich soll Bürgern und Akteuren der positive Beitrag der Wettbewerbspolitik zu den Zielen der EU vermittelt werden.

Kommissar für Forschung, Wissenschaft und Innovation soll Carlos Moedas werden (siehe auch den nachfolgenden Artikel). Damit liegt die Verantwortung für Innovation weiterhin im Forschungs- und nicht im Wirtschaftsressort. Es wird abzuwarten sein, inwieweit der beabsichtigte Fokus auf angewandte Forschung mit einer größeren Beteiligung des privaten Sektors und einem Schwerpunkt auf KMU eine wirtschaftsnahen Ausrichtung ermöglichen wird.

Das Thema Außenhandel, und damit die GD Handel, soll künftig in den Händen der 1968 geborenen Schwedin Cecilia Malmström liegen, die seit Februar 2010 Kommissarin für Innenpolitik ist. Sie soll den Projektteams der Vizepräsidenten Katainen und Mogherini angehören. In ihrem „Mission Letter“ wird neben der wirtschaftlichen Bedeutung der Außenhandelspolitik auch die erforderliche Kohärenz hinsichtlich der politischen Außenbeziehungen der EU betont. Explizit wird das geplante Freihandelsabkommen mit den USA erwähnt. Hier wird in dem Brief gefordert, ein ausgewogenes Abkommen zu verhandeln, das weder die EU-Standards verletzt noch die kulturelle Diversität bedroht. Zudem wird eine größere Transparenz gegenüber EP und Bevölkerung angemahnt. AB

- ▶ [Kurzbriefing Elżbieta Bieńkowska \(EN\)](#)
- ▶ [Kurzbriefing Margrethe Vestager \(EN\)](#)
- ▶ [Kurzbriefing Cecilia Malmström \(EN\)](#)

Forschung

Designierter Kommissar für Forschung, Wissenschaft und Innovation: Carlos Moedas

Designierter Kommissar für Forschung, Wissenschaft und Innovation ist der Portugiese Carlos Moedas. Er ist Jahrgang 1970, ausgebildeter Bauingenieur und MBA, der beruflich vor allem in der Finanzwirtschaft tätig war; zuletzt hat er als Staatssekretär die Verhandlungen mit der Troika über das portugiesische Rettungsprogramm geführt. Der Forschungskommissar soll dem „Projektteam Wachstum, Investitionen und Wettbewerbsfähigkeit“ unter dem finnischen Vizepräsidenten Katainen zugeordnet werden.

Nach den Leitlinien des designierten KOM-Präsidenten Juncker soll Moedas vor allem innovative Finanzinstrumente mobilisieren bzw. Synergien stärken, um den Beitrag der Forschung zu Innovation und Wirtschaftswachstum zu erhöhen. Der Schwerpunkt soll auf anwendungsorientierter Forschung liegen, wobei Industrieunternehmen sich verstärkt einbringen und die Beteiligungsmöglichkeiten für KMU ausgeweitet werden sollen.

Auf breites Unverständnis stieß in Forschungskreisen die Entscheidung, den wissenschaftlichen Dienst der KOM, die Gemeinsame Forschungsstelle, künftig der Verantwortung des Kommissars für Bildung und Kultur zu unterstellen, d. h. aus der GD Forschung und Innovation herauszunehmen.

JF

▶ [Kurzbriefing Carlos Moedas \(EN\)](#)

Zweiter Fortschrittsbericht zum Europäischen Forschungsraum (EFR)

Am 15. September hat die KOM in ihrem zweiten Fortschrittsbericht zum EFR festgestellt, dass die 2012 formulierten Voraussetzungen zur Verwirklichung des EFR als „Binnenmarkt des Wissens“ auf europäischer Ebene erfüllt seien. Für die Vollendung – d. h. Belebung und ständige Weiterentwicklung – des EFR komme es nun auf weitere Reformen in den MS an. Bis März 2015 sollen sie hierfür nationale Strategien als „EFR-Fahrpläne“ erstellen.

Deutschland hat als erster MS bereits eine entsprechende Strategie verabschiedet und konkrete Maßnahmen in den von der KOM definierten Schwerpunktbereichen benannt, um insbesondere wissenschaftlichen Austausch, Zugang und Kooperationen innerhalb der EU zu fördern. Der EFR-Monitoring-Mechanismus wird in das Europäische Semester integriert; mögliche eigene Legislativmaßnahmen hat die KOM einstweilen zurückgestellt. JF

▶ [Themenseite der KOM zum EFR \(EN\)](#)

Schweiz teilassoziiert an „Horizont 2020“

Nachdem ihre Teilnahme am EU-Forschungsprogramm infolge des Volksentscheids zur Begrenzung der Zuwanderung Anfang des Jahres auf einen „Nicht-EU-Staat“-Status herabgesetzt worden war, gilt die Schweiz nunmehr rückwirkend vom 15. September – und vorerst bis Ende 2016 –

als teilassoziiert. Damit können Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen, Hochschulen und Forschungseinrichtungen aus der Schweiz als vollwertige Partner jedenfalls wieder an Projekten der Ersten Säule von „Horizont 2020“ teilnehmen; hierunter fallen Förderungen durch den Europäischen Forschungsrat, Marie-Sklodowska-Curie-Forschungsstipendien, die Erforschung künftiger und neu entstehender Technologien (FET) und der Aufbau europäischer Forschungsinfrastrukturen. In der Zweiten Säule, die sich der führenden Rolle in der Industrie widmet, sowie der Dritten Säule, ausgerichtet auf gesellschaftliche Herausforderungen, können Schweizer sich hingegen weiterhin nur als Drittstaatsangehörige beteiligen, und sie sind von EU-Fördermitteln ausgeschlossen. JF

► Einzelheiten zum Verfahren (EN)

Gesundheit und Verbraucherschutz

Designierter Kommissar für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit: Vytenis Andriukaitis

Designierter Kommissar für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit ist der Litauer Vytenis Andriukaitis, Jahrgang 1951, ausgebildeter Arzt und ehemaliger litauischer Abgeordneter und Gesundheitsminister.



Quelle: EP

Der Gesundheitskommissar soll primär dem Vizepräsidenten Katainen zuarbeiten. Das nach Auffassung des designierten KOM-Präsidenten Juncker bereits weit entwickelte EU-Regelwerk zur Lebensmittelsicherheit soll modernisiert und vereinfacht werden.

Andriukaitis soll sich in der Gesundheitspolitik vor allem den europäischen Kapazitäten

zur Krisenbewältigung widmen und die MS bei den Leistungsbewertungen ihrer Gesundheitssysteme unterstützen. Vielfach auf Kritik gestoßen ist die vorgesehene Verschiebung der Zuständigkeiten für Medizinprodukte und Gesundheitstechnologien zur GD Unternehmen und Industrie aus der GD Gesundheit und Verbraucher. Befürchtet wird, dass hierdurch Patientenbedürfnisse den Interessen der Wirtschaft untergeordnet werden könnten.

Den Verbraucherschutz soll künftig die designierte Kommissarin für Justiz, Verbraucher und Gleichstellung, Věra Jourová, verantworten; die Abteilung Verbraucherangelegenheiten wird daher größtenteils von der GD Gesundheit und Verbraucher zur GD Justiz verlagert. JF

► Kurzbriefing Vytenis Andriukaitis (EN)

► Kurzbriefing Věra Jourová (EN)

Verkehrspolitik

Maroš Šefčovič – ein Slowake für das Verkehrsressort

Neuer Kommissar für Verkehr und Weltraum soll der 1966 geborene Slowake Maroš Šefčovič, werden, bisher Kommissar für interinstitutionelle Beziehungen und Verwaltung sowie einer der Vizepräsidenten der KOM. Der Jurist arbeitete zunächst im tschechoslowakischen diplomatischen Dienst, später als Botschafter der Slowakei bei der EU. 2009 wurde er zum Kommissar für allgemeine und berufliche Bildung und Kultur ernannt, seit 2010 ist er in seiner aktuellen Funktion tätig.

Maroš Šefčovič soll als Kommissar für Verkehr zum einen dem von Alenka Bratušek geleiteten Projektteam „Eine robuste Energieunion mit einer zukunftsorientierten Klimaschutzpolitik“ angehören. Der neue Verkehrskommissar soll dazu beitragen, die CO₂-Emissionen aus dem Verkehrsbe- reich zu reduzieren. Zum anderen soll er am Paket für Arbeit, Wachstum und Investitionen mitwirken, das von Jyrki Katainen als Vizepräsident vorangetrieben werden soll. Šefčovič soll dabei die Investitionstätigkeit in den MS, vor allem im Rahmen der transeuropäischen Verkehrsnetze TEN-V, fördern. JR / SR

► Kurzbriefing Maroš Šefčovič (EN)

Bildung, Kultur und Jugend

Designierter Kommissar: Tibor Navracsics aus Ungarn

Neuer Kommissar für Bildung, Kultur, Jugend und Bürgerschaft soll der 1966 geborene Tibor Navracsics werden. Er hat Jura und Politikwissenschaften studiert und ist seit Juni Außenminister der ungarischen Regierung. Er soll die Zuständigkeit für die GD Bildung und Kultur erhalten und dabei insbesondere mit den drei Vizepräsidenten Andrus Ansip, Valdis Dombrovskis und Jyrki Katainen zusammenarbeiten. Die GD Bildung und Kultur wird allerdings verkleinert und muss u. a. die Bereiche Qualifikation, berufliche Weiterbildung und Erwachsenenbildung an die GD Beschäftigung, Soziales und Integration abgeben. Neu hinzu kommt u. a. das Bürgerschaftsprogramm. Navracsics wird auch für das Europäische Institut für Innovation und Technologie sowie die Gemeinsame Forschungsstelle zuständig sein – zwei wichtige Einrichtungen der KOM in den Bereichen Bildung, Forschung und Innovation. Im Einzelnen soll Navracsics u. a. folgende Aufgaben umsetzen:

- Erreichung der 2020-Ziele im Bildungsbereich;
- Unterstützung des Kultursektors als ein Katalysator für Innovation und als ein Beitrag zu Wachstum und Beschäftigung;
- Exzellenz und Vernetzung der Universitäten;
- Wiederherstellung des Wissensdreiecks Bildung, Wirtschaft und Forschung;

- Schaffung von Verständnis der Bürgerinnen und Bürger für die EU-Politiken.

Für Navracsecs könnte sich seine Rolle in seiner Amtszeit als ungarischer Justizminister von 2010 bis 2014 als Problem darstellen. So hat sich der Kulturausschuss im EP am 6. Oktober dafür ausgesprochen, dass Navracsecs zwar dem KOM-Kollegium angehören könne, jedoch ungeeignet sei, die ihm bislang zugedachten Aufgaben wahrzunehmen.

TE

► [Kurzbriefing Tibor Navracsecs \(EN\)](#)

Erasmus-Studie: Bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt und internationalere Beziehungen

Seit 1987 fördert das Erasmus-Programm der EU die Zusammenarbeit von Hochschulen in Europa sowie die Mobilität von Studenten und Dozenten – in der jetzigen Förderperiode 2014 bis 2020 mit einem Gesamtbudget von fast 15 Mrd. €, d. h. 40 % mehr Geld als bisher.

Die von einem unabhängigen Expertenkonsortium durchgeführte und jetzt von der KOM vorgelegte „Studie zur Wirkung von Erasmus“ sollte die Auswirkungen der Erasmus-Mobilität, d. h. Studienzeiten und -praktika im Ausland,

- erstens auf die individuellen Kompetenzen, die Beschäftigungsfähigkeit der Studierenden sowie die institutionelle Entwicklung untersuchen;
- zweitens daraufhin analysieren, inwieweit die individuellen Kompetenzen, die Persönlichkeitsmerkmale und die persönlichen Einstellungen durch Erasmus-Stipendien beeinflusst werden und welche Wirkung das Programm auf die Internationalisierung der Hochschulen hat.

Es wurden sowohl eine quantitative als auch eine qualitative Studie durchgeführt, wobei für erstere insgesamt 78.891 Einzelantworten von Studierenden, Hochschulbeschäftigten, Hochschulen und Unternehmen aus Online-Umfragen in 34 europäischen Ländern ausgewertet wurden. Die qualitative Studie basierte auf Ortsbesuchen, Interviews, Fokusgruppen und Workshops in acht Ländern, nämlich Bulgarien, Deutschland, Finnland, Litauen, Portugal, Spanien, Tschechische Republik und Vereinigtes Königreich.

Die tatsächliche Kompetenzentwicklung der Studierenden und des Personals wurde anhand sog. „memo@-Faktoren“ gemessen. Diese sollen Aufschluss über persönliche Eigenschaften geben und wurden im Vorhinein von Arbeitgebern als positiv für die Beschäftigungsfähigkeit gewertet:

- Ambiguitätstoleranz;
- Aufgeschlossenheit;
- Selbstvertrauen;
- Abgeklärtheit;
- Entschlussfreudigkeit;
- Problemlösungsfähigkeit.

Die Studie kommt im Wesentlichen zu folgenden Ergebnissen: Hauptgründe für Erasmus-Studenten, ins Ausland zu gehen, sind nach wie vor die Möglichkeit, in einem anderen Land zu leben, neue Menschen und Kulturen kennenzulernen, Sprachkenntnisse, aber auch zunehmend die Beschäftigungsfähigkeit zu verbessern.

Querschnittskompetenzen, auf die 92 % der Arbeitgeber Wert legen, werden durch einen Erasmus-Auslandsaufenthalt ausgebaut – bei 52 % der Erasmus-Studenten wurden nach ihrem Auslandsaufenthalt höhere „memo@-Faktoren“ festgestellt.

Erasmus-Studenten behaupten sich generell erfolgreicher auf dem Arbeitsmarkt:

- Jeder/m dritten Erasmus-Praktikantin bzw. Praktikanten wurde im Praktikums-Unternehmen eine Stelle angeboten;
- Ein Zehntel der mobilen Studentinnen und Studenten hat sich selbstständig gemacht, und drei Viertel können sich vorstellen, dies künftig zu tun;
- Die Gefahr, langzeitarbeitslos zu werden, wird mit einem Erasmus-Auslandsaufenthalt halbiert; fünf Jahre nach dem Abschluss ist die Arbeitslosenquote bei Erasmus-Studenten mit 23 % niedriger als bei Studenten, die keinen studienrelevanten Auslandsaufenthalt gemacht haben.

Zu guter Letzt hat die Studie ergeben, dass Erasmus-Studenten ein internationaleres Leben führen und mit größerer Wahrscheinlichkeit einmal im Ausland leben werden. Aufgrund der positiven Ergebnisse der Studie kann Studentinnen und Studenten nur empfohlen werden, von den deutlich ausgebauten Finanzierungsmöglichkeiten für Erasmus+ 2014 bis 2020 regen Gebrauch zu machen.

Nadja Frercksen / TE

► [PM der KOM IP/14/1025](#)

► [Studie zur Wirkung von Erasmus \(EN\)](#)

Termine

Theaterstück „Weltenbrand“

Am 10. September war im Hanse-Office die szenische Collage "Weltenbrand" zu sehen. Inszeniert wurde das Stück von „Axensprung“, einer Hamburger Theatergruppe, deren Mitglieder Oliver Hermann, Michael Bideller und Markus Voigt an das Grauen des 1. Weltkriegs erinnern. Die Idee zum Projekt entstand, als einer der Schauspieler, Oliver Hermann, bei Familienrecherchen zu einem Forschungsprojekt der EU Notizen seines Urgroßvaters fand, die einen sehr persönlichen Einblick in dessen Leben während des Krieges, in Tragik, Tod und Vernichtung gaben.



Foto: Marcella Braun

Die Collage besteht aus Text-, Klang- und Bildelementen, Passagen des expressionistischen Romans „Heeresbericht“ von Edlef Köppen, Lyrik von August Stramm, Briefen von Soldaten, Alltagssituationen und Unterlagen des Militärs. Axensprung bot den Zuschauern in der Avenue Palmers-

ton ein fesselndes Theatererlebnis. Das Stück soll in den nächsten Jahren noch vielerorts, vor allem in Norddeutschland, zu sehen sein. US

- ▶ [Homepage von „Weltenbrand“](#)
- ▶ [Bisher feststehende Aufführungstermine](#)
- ▶ [Rede von Dr. Claus Müller](#)

Poetry Slam aus dem echten Norden

Am 6. Oktober konnte ein begeistertes Publikum ganz großes Kino im Hanse-Office erleben - einen mitreißenden Poetry Slam aus Schleswig-Holstein, dem echten Norden Deutschlands.



v. l. n. r.: T. Augustin, S. Kamin, Ministerin A. Spoorendonk, B. Högsdal

Der Poetry Slam, auf Deutsch könnte man sagen „Dichterwettstreit oder Dichterschlacht“, ist 1986 in den USA, Chicago, entstanden und verbreitete sich von dort aus in die ganze Welt, wie die schleswig-holsteinische Ministerin für Justiz, Kultur und Europa, Anke Spoorendonk, erläuterte. Die deutsche Szene gilt nach der amerikanischen mittlerweile als zweitgrößte. Zwei Aushängeschilder dieser Szene konnten für den ersten Poetry Slam im Hanse-Office gewonnen werden: Björn Högsdal und Sven Kamin. Sie haben den Zuhörern eine packende Dichterschlacht geliefert. Ein Sieger wurde nicht ermittelt – hatten doch alle an diesem denkwürdigen Abend im Hanse-Office gewonnen. TA

Hanse-Office intern

Seit dem 1. September ist im Hanse-Office die Stelle des Referenten für Wissenschaft, Forschung, Gesundheit und Verbraucherschutz wieder besetzt: Der Jurist Dr. Jörg Föh wird sich um diese Themenbereiche kümmern.

Das Team des Hanse-Office wünscht dem neuen Kollegen eine spannende und gute Zeit in Brüssel! US

Service

Für Rückfragen stehen Ihnen die Leiter und Referenten des Hanse-Office gerne zur Verfügung. Sie erreichen uns über unser Sekretariat unter Tel. +32 2 28546-40 oder unter Tel. +49 40 42609-40 (aus D), per E-Mail info@hanse-office.de oder per Fax +32 2 28546-57.

Redaktionsteam:

Christoph Frank, Ulla Sarin

Ihre Ansprechpartner zu den EU-Fachpolitiken sind:

Thorsten Augustin Durchwahl -42 TA
Leiter Schleswig-Holstein – Alle Politikbereiche

Dr. Claus Müller Durchwahl -43 CM
Leiter Hamburg – Alle Politikbereiche

Dr. Thomas Engelke Durchwahl -47 TE
Stellv. Leiter Schleswig-Holstein (m. d. W. d. G. b.)
Energie, Klima und Umweltpolitik,
Meeres- und Fischereipolitik,
Bildung, Kultur, Jugend, Tourismus,
Ausschuss der Regionen

Christoph Frank Durchwahl -52 CF
Stellv. Leiter Hamburg
Finanzen (EU-Haushalt, Steuern und Finanzdienstleistungen), Öffentliches Auftragswesen,
Entwicklungszusammenarbeit

N. N.
Landwirtschaft

Dr. Judith Reuter Durchwahl -46 JR
Dr. Sicco Rah SR
Verkehrspolitik, Logistik, Häfen

Andreas Thaler Durchwahl -32 AT
Regionalpolitik, Beschäftigungs- und Sozialpolitik,
Erweiterung

Anja Boudon Durchwahl -44 AB
Wirtschaft und Außenwirtschaft,
Binnenmarkt, Beihilfenpolitik,
Industrie- und Clusterpolitik, Innovation

N. N.
Innen- und Justizpolitik, Minderheitenpolitik,
Medien, Telekommunikation, Informationsgesellschaft

Dr. Jörg Föh Durchwahl -48 JF
Forschung und Wissenschaft,
Gesundheitspolitik und Verbraucherschutz

Ulla Sarin Durchwahl -54 US
Öffentlichkeitsarbeit, Veranstaltungsorganisation

Impressum

Diese Veröffentlichung wird herausgegeben vom

HANSE-OFFICE
Avenue Palmerston 20
B-1000 Brüssel
www.hanse-office.de



V. i. S. d. P. sind die Leiter. Für die Inhalte verlinkter Seiten und Dokumente ist das Hanse-Office nicht verantwortlich, so dass für deren Inhalt keine Haftung übernommen werden kann.

Dieser Newsletter wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung Schleswig-Holstein und des Senats der Freien und Hansestadt Hamburg herausgegeben. Er darf weder von Parteien noch Personen, die Wahlwerbung oder Wahlhilfe betreiben, im Wahlkampf zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf dieser Newsletter nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung oder des Senats zugunsten einzelner Gruppen verstanden werden könnte.

Brüssel, den 07.10. 2014